

BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



Berliner Einblicke #53

Anfang Juni 2017



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

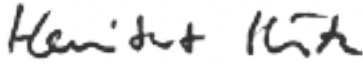
Die Wahl in NRW hat uns gezeigt: Die CDU hat mit ihren Themen Sicherheit, Wirtschaft und Bildung überzeugt und damit in ganz NRW einen großartigen Wahlkampf geführt! Das muss an dieser Stelle noch einmal gesagt werden, auch, wenn jetzt schon wieder ein paar Wochen vergangen sind.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – das gilt in diesem Superwahljahr mehr denn je. Und die Fanfaren des noch kommenden lauten Wahlkampfgetöses haben wir diese Woche ganz deutlich von Seiten der SPD vernommen. Ohne die Bundestagswahl am Horizont hätte sie am Donnerstag wohl kaum mit einem Koalitionsbruch gedroht, sollte die Regierung die Abschiebungen nach Afghanistan nicht aussetzen. Mit dem Thema Asyl- und Integrationspolitik beschäftigen wir uns aus gegebenem Anlass im Nahblick genauer. Auch der Seitenblick enthält Themen aus diesem Spektrum, wobei sich mein Blick natürlich auch immer nach Köln richtet.

Vor mir liegen nun noch zwei Sitzungswochen in Berlin, danach folgen viele Wochen, in denen ich wieder in meinem Wahlkreis und anderen Teilen Kölns unterwegs sein werde. Der Blick in die kommenden Termine gibt schon einen ersten guten Eindruck. Besonders hinweisen möchte ich Sie an dieser Stelle auf ein kleines Sommerfest in meinem Bürgerbüro am 1. Juli, an dem ich auch Fazit ziehen möchte über diese, meine erste, Wahlperiode.

Ich freue mich, wenn Sie meine politische Arbeit und mein Engagement für ein erneutes Mandat im Deutschen Bundestag unterstützen und sich, speziell natürlich in den Wochen direkt vor der Wahl, an meinen Veranstaltungen und Aktionen beteiligen!
Für heute wünsche ich aber natürlich erst einmal von Herzen schöne Pfingsten!

Herzliche Grüße



Heribert Hirte

NAHBLICK

Das Thema



Zwischen Integration und Abschiebung

„Die Bundesregierung setzt nach dem schweren Anschlag am Mittwoch in Kabul Abschiebungen nach Afghanistan vorerst aus.“

Als die Nachrichtenagenturen diese Meldung verbreiteten, waren die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU schon durch eine Lautsprecherdurchsage in ihren Büros aufgefordert worden, zur Sondersitzung der Fraktion zu kommen. Dort erklärte die Kanzlerin, dass der vorläufige Abschiebestopp gelte, bis das Auswärtige Amt – möglichst bis Juli – eine neue Lagebeurteilung vorgelegt habe. Zudem betonte sie, dass Straftäter und Gefährder nach Einzelfallentscheidungen trotzdem abgeschoben werden sollten, ebenso Menschen, „die sich hartnäckig ihrer Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern“.

Die Mehrheit der Asylsuchenden kommt in Deutschland ohne Ausweisdokumente an, was die Überprüfung ihrer Identität erheblich erschwert. Ein Weg, wie Asylbewerber ohne Ausweisdokumente besser überprüft werden können, führt über das Auslesen ihrer Handys. Dass dieser Weg beschritten werden darf, ist auch Heribert Hirte zu verdanken. Seit Jahren hat er sich dafür eingesetzt, seit Juni ist das „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ in Kraft.

„Wer in unserem Land Zuflucht sucht, muss dazu bereit sein, dass wir seine Angaben zur Identität und Staatsangehörigkeit mit Hilfe seines Mobiltelefons überprüfen“, sagte Hirte. Das erhöht die Innere Sicherheit im Land, beschleunigt aber vor allem die Asylverfahren insgesamt. Und das kommt dann wieder denen zugute, die wirklich den Schutz Deutschlands brauchen. „Wenn wir dem Asylsuchenden schnell Rechtssicherheit geben, also sagen können, ob er bleiben darf oder gehen muss, schützen wir die Menschen besser als bisher vor einem oft deprimierend langen Prozedere. Das verbessert die Möglichkeiten für eine Integration der Bleibenden massiv.“

Derjenigen, die wirklich schutzbedürftig sind, „wollen wir uns mit Herz und Verstand annehmen. Das setzt aber voraus, dass wir streng die Schutzbedürftigkeit prüfen und Nicht-Schutzbedürftige konsequent abschieben“, sagt Heribert Hirte.

In den vergangenen zwei Jahren sind vor allem die Verschärfungen der Asylpolitik in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Diese waren durchaus wichtig. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung 2005 hat die Union aber eben auch viel geleistet in der Integrationspolitik. Bundeskanzlerin Merkel hat damals die Integrationsbeauftragte aus dem Sozialministerium ins Kanzleramt geholt und in den Rang einer Parlamentarischen Staatssekretärin gehoben. Spätestens dieser Schritt zeigt: Merkel hat die Integration zur Chefsache gemacht.

Ebenso seit 2005 gibt es die sogenannten Integrationskurse für Geflüchtete. Seit 2015 (Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz) setzen diese Integrationskurse nicht erst bei Anerkennung eines Flüchtlings ein, sondern beginnen früher – bereits während des laufenden Verfahrens, zumindest für Asylbewerber, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist.

Zudem wurde sowohl der Sprachunterricht ausgebaut als auch der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Asylbewerber und Geduldete müssen seit 2014 nicht mehr neun Monate warten, bis sie einen Job annehmen dürfen, sondern nur noch drei Monate.

Neu ist auch: Jugendliche und heranwachsende Geduldete, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen, können für die Dauer der Ausbildung nicht mehr abgeschoben werden. Im Falle eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses können diese dann eine Aufenthaltserlaubnis und langfristige Bleibeperspektive in Deutschland erhalten. „Dies schafft Planungssicherheit sowohl für die betroffenen Auszubildenden als auch für die Ausbildungsbetriebe, die händeringend nach Fachkräften suchen“, sagt Heribert Hirte.

Ebenfalls ein inzwischen viel beachtetes Feld in der Integrationspolitik ist die Religion. So fördert das Bundesinnenministerium (BMI) beispielsweise zahlreiche Projekte zum interreligiösen Dialog, insbesondere auch mit dem Islam. Hierbei handelt es sich vor allem um von muslimischen und christlichen Trägern durchgeführte Maßnahmen, die sich an Multiplikatoren aus den Bereichen Religion, Gesellschaft und Politik richten. Ziel ist es, über ein besseres Verständnis der Religionen untereinander den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Heribert Hirte betont immer wieder, dass die religiöse Bildung nicht unterschätzt werden dürfe: „Als Vorsitzender des Stephanuskreises habe ich in den letzten Jahren beobachtet: Religion spielt für die Geflüchteten im Schnitt eine viel größere Rolle als für viele Deutsche. Unser Verständnis der Religionsfreiheit muss den meisten aber erst noch beigebracht werden. Das gilt für Menschen, die aus Staaten kommen, in denen religiöse Minderheiten seit jeher diskriminiert werden, aber ehrlich gesagt auch für Deutsche, die meinen, höchstens noch das Christentum hierzulande akzeptieren zu müssen. Der interreligiöse Dialog ist der Schlüssel für ein friedlichen Zusammenleben der diversen Glaubensgemeinschaften.“

Klar ist für ihn auch: Von denjenigen, die viel gefördert werden, darf auch einiges gefordert werden. „Integration muss von beiden Seiten gewollt und erarbeitet werden, sonst funktioniert sie nicht. Das haben wir inzwischen alle gelernt.“



Missbrauch beim Kindergeld – Hirte setzt sich ein

Wieviel Kindergeld jemand in Deutschland für sein Kind bekommt, soll davon abhängen, wo das Kind lebt und wie hoch dort die Lebenshaltungskosten sind. Heißt: Wenn das Kind in Deutschland lebt, gibt es in der Regel mehr Geld, als für ein Kind im EU-Ausland. Diese Forderung hatte Heribert Hirte bereits 2014 aufgestellt ([Pressemitteilung Mai 2014](#)).

Doch weil die EU-Kommission Bedenken äußerte, verfolgte die Große Koalition diesen Plan nicht weiter. Als die EU-Kommission allerdings zuletzt den Briten genau diese Forderung unter der Voraussetzung zugestand, dass das Vereinigte Königreich in der EU bleibt, entfachte sich die Diskussion auch in Deutschland erneut: „Was für Großbritannien gilt, muss auch für alle anderen Mitgliedsstaaten gelten“, sagte Heribert Hirte damals ([Pressemitteilung 2016](#)). Er warnte: Weil kaum ein anderes EU-Land so viel Kindergeld zahle wie Deutschland, „besteht durchaus die Gefahr, dass hier falsche Anreize für eine Zuwanderung nach Deutschland gesetzt werden.“ Tatsache: Ende Mai deckte das Finanzministerium auf, dass EU-Ausländer wohl zu Unrecht im großen Stil Kindergeld aus Deutschland bezogen haben. Das Ministerium spricht von „Leistungsmissbrauch in organisierter Form“. (Unter anderem die BILD berichtete am 30. Mai.) „Hier muss man genau hinschauen“, schreibt Heribert Hirte in einer ersten Reaktion auf Twitter. „Missbrauch muss verhindert werden - auch um der Gerechtigkeit willen.“ Wir dürfen also gespannt sein, ob Heribert Hirtes Forderungen vielleicht doch noch auf offene Ohren stoßen ...

Diskussion um Änderungen des Grundgesetzes

Der Bundestag hat diese Woche über den Bund-Länder-Finanzpakt abgestimmt. Heißt: Die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Bundesländern sollen neu geregelt werden. Um die nötigen Grundlagen für das Gesetz zu schaffen, durchliefen Heribert Hirte und die anderen Abgeordneten am Donnerstagvormittag einen regelrechten Abstimmungs-marathon. Der Kölner CDU-Politiker stimmte den Gesetzesänderungen zwar zu, machte in einer persönlichen Erklärung aber ganz deutlich, dass er verfahrenstechnische, verfahrensrechtliche und inhaltliche Bedenken habe. So schrieb er: „Durch das Vermischen von Landes- und Bundesaufgaben wird die politische Landschaft sowohl für Bürger als auch für Mandatsträger deutlich komplexer und schwerer zu durchschauen. Im Schulbereich können unter diesen neuen Voraussetzungen durchaus einmal vier Ebenen mit der Finanzierung der Infrastruktur betraut sein: Die Kommune bzw. der Landkreis, das Bundesland, der Bund und die Europäische Union. Hinzu kommt, dass finanzschwachen Kommunen durch die finanzielle Unterstützung von Bundesseite falsche Anreize gegeben werden. Denn „es ist davon auszugehen, dass sich bei einer verstetigten Bundesförderung die Kommunen faktisch aus der Schulausstattung zurückziehen und eigentlich dafür vorgesehene Gelder anderweitig verplant werden“.

Schulnotstand im Kölner Westen und Süden

Es ist traurig, aber wahr: Das Thema Bildung und vor allem der Schulnotstand im Kölner Westen und Süden wird uns noch lange beschäftigen. Die CDU vor Ort setzt sich mit aller Kraft und auf allen Ebenen dafür ein, den Schülern und Eltern zu helfen. So ist es gelungen, für Kinder einen Kompromiss zu finden, die zunächst Gymnasien in völlig anderen Stadtteilen mit bis zu 80 Minuten Fahrt zugeteilt bekommen hatten: Das Weidener Georg-Büchner-Gymnasium bildet für das kommende Schuljahr zusätzliche Klassen in den Räumen der bislang privaten Friedensschule in Widdersdorf. Danke an die CDU Köln, die Ortsverbände und die CDU-Fraktion im Kölner Rat für diesen Einsatz im Sinne der Familien!

Hoffen wir, dass es auch im Kölner Süden vorangeht. Dort versucht unsere Partei, den Ausbau der weiterführenden Schule Rondorf voranzutreiben. Nur so kann die Überlastung am Gymnasium Rodenkirchen nachhaltig beseitigt werden. So lange meinen höchsten Respekt an die Schulleitung am Gymnasium Rodenkirchen. Hier wird großartige Arbeit geleistet und auch Schüler und Eltern tragen erheblich dazu bei.

RUNDBLICK

Zu wenige im BAMF dürfen Handys von Flüchtlingen auslesen



Künftig dürfen Handys von Flüchtlingen, die ohne Pass um Asyl bitten, auf bestimmte Daten hin „durchsucht“ werden. Dadurch kann deren Identität und damit Schutzbedürftigkeit schneller als bisher festgestellt werden. Ein wichtiger Schritt, für den sich Heribert Hirte gemeinsam mit seinem CSU-Kollegen Alexander Hoffmann seit Jahren eingesetzt hat. Allerdings dürfen auch nach dem neuen Gesetz nur Volljuristen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf die Daten zugreifen. Hirte findet, „wir brauchen da mehr Möglichkeiten, um effizienter zu sein“. Das hat er auch der [WELT](#) erzählt.

EU darf in Freihandelsabkommen nicht immer allein entscheiden

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Mitte Mai eine Entscheidung in punkto Freihandelsabkommen gefällt. [Heribert Hirte begrüßte diese öffentlich](#), denn: So wird endlich Klarheit darüber geschaffen, was die Europäische Union bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen ohne Beteiligung der nationalen Parlamente beschließen darf und was nicht. „Langwierige Diskussionen darüber, wer nun worüber in der EU-Handelspolitik mitentscheiden darf, können damit hoffentlich verhindert werden“, sagte er. Allerdings hält er die grundsätzliche Frage für berechtigt, ob den Mitgliedstaaten nicht zu viele Rechte belassen wurden, wenn es um die Abstimmung über Freihandelsabkommen geht. „Wichtig ist nun, dass in künftigen Verhandlungen von Freihandelsabkommen handwerklich sauber gearbeitet wird – denn nur so können wir der Wirtschaft Rechtssicherheit garantieren, die dringend benötigt wird. Wie mein Kollege Daniel Caspary im Europäischen Parlament richtig gefordert hat, sollte man in Zukunft vertraglich ‚EU-only‘-Teile von den Teilen trennen, die auch von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen.“

QUERBLICK



Für Verbot von [#Kinderehen](#) hätten Alexander [#Hoffmann](#) und [@MichaelFrieser](#) auch nachts um 2.00 noch einen [#Hammelsprung](#) hingelegt. [@cdusubt](#)

Diesen Tweet setzte Heribert Hirte in der Nacht zu Freitag ab, als die Grünen in übernächtigter Laune mit einem Augenzwinkern lauthals einen „Hammelsprung“ forderten.

Aber was ist eigentlich ein Hammelsprung? Abgeordnete müssen immer dann durch einen „Hammelsprung“ gezählt werden, wenn das Ergebnis einer Abstimmung im Deutschen Bundestag nicht eindeutig ist. Dazu verlassen die Abgeordneten den Plenarsaal und betreten ihn durch verschiedene Türen, die mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ markiert sind. Dabei werden sie von jeweils zwei Schriftführern an jeder Tür gezählt. Dieses Auszählverfahren wird auch eingesetzt, wenn vor einer Abstimmung die Beschlussfähigkeit bezweifelt wird und nicht vom Sitzungsvorstand als gegeben bejaht wird. Das Verfahren ist bereits 1874 im Reichstag der Kaiserzeit eingeführt worden.

AUGENBLICK

Foto der Woche



Ausgerechnet in der Woche als Philipp Pohlmann – der stellvertretende Landesvorsitzende der Lesben- und Schwuleniunion NRW – in Berlin war, stand das Thema „Ehe für alle“ auf der Tagesordnung im Plenum. Vielleicht haben Sie es mitbekommen: Die Debatte gehörte zu einer der emotionalsten in den letzten beiden Sitzungswochen. [Hier das Video](#).

Auch Heribert Hirte hatte die Möglichkeit, im Plenum seinen Standpunkt klarzumachen. Seit Jahren setzt er sich dafür ein, dass homosexuelle Paare rechtlich gleichgestellt werden und betonte dies auch im Plenum erneut. Doch „Fragen der sexuellen Orientierung sind von sensibler Natur“, setzt er nach. „Sie müssen verstehen, dass nicht jeder dies teilt und erst recht nicht darüber öffentlich diskutieren will.“ Wenn man jemanden überzeugen will, dann gelingt das nur in vertraulichen Gesprächen, so Hirte. Die LSU NRW zeigte sich jedenfalls nach der Rede auf [Facebook](#) dankbar für Heribert Hirtes Unterstützung. Das Video der Rede finden Sie [hier](#).

WEITBLICK

Die Termine



Dienstag, 6. Juni

Verleihung des „Kölner Unternehmerpreises 2017“ des Wirtschaftsklubs Köln e.V. an Hans-Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

Donnerstag, 8. Juni

Nachmittags: Besuch einer Gruppe Jugendlicher der IJAB Internationale Jugendarbeit anlässlich des bundesweiten Aktionstages [#internationalheart!](#)

Voraussichtlich um 23:10 Uhr: Ausstrahlung der N-TV-Sendung: „Jetzt Knippertz“ zum Thema Steuergerechtigkeit: „Rekordeinnahmen – wann belohnt uns der Staat?“ – mit in der Runde Heribert Hirte!

Freitag, 9. Juni

Langer Freitag der Geschäftsleute Sürth.

Dienstag, 13. Juni

Diskussionsrunde mit Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Wanderausstellung des Bundestags am Berufskolleg an der Lindenstraße.

Freitag, 16. Juni

Vortrag zum Thema [“Brexit - A View from the Bundestag”](#) am EFTA-Gerichtshof in Luxemburg.

Zum Vormerken:

Samstag, 1. Juli

Vormittags: Rundfahrt durch Rodenkirchen mit der Kölner Verkehrsdezernentin Andrea Blome, Politikern verschiedenster Ebenen und örtlichen Bürgervereinen und -initiativen

Abends: Sommerfest im Bürgerbüro mit Fazit der Wahlperiode. Auch Sie sind herzlich willkommen! Details und Informationen zur Anmeldung gibt es auf meiner [Homepage](#).

Sonntag, 2. Juli

14 Uhr: Besuch der Demo von Pulse of Europe, Roncalliplatz. Gerne mitkommen!

KONTAKT



Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830

Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln
Aachener Straße 227
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762

Telefax: 0221 / 589-86765

Email

heribert.hirte@bundestag.de

Copyright © 2017 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:
www.heribert-hirte.de